
FDP Altenstadt

JÄGER DÜRFEN NICHT ZU ABRUFBAREN LAKAIEN WERDEN

22.11.2016

FDP-Veranstaltung zur neuen Jagdverordnung

Die erste Veranstaltung der beiden FDP-Ortsverbände Altenstadt-Limeshain und Büdingen war ein voller Erfolg. „Selbst aus Rosbach, Karben und Wöllstadt kamen interessierte Jäger, um den Ausführungen unseres Gastredners Andreas Mohr, dem Vorsitzenden des Jagdvereins Hubertus Altkreis Büdingen e.V. und öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen, zur neuen Jagdverordnung zu folgen.“, freute sich Natascha Baumann, Vorsitzende der FDP Altenstadt-Limeshain.

Die Verordnung trat erst vor einigen Monaten in Kraft und hat bereits im Vorfeld für viel Unmut bei der Jägerschaft gesorgt. Konkret wurden u.a. Schon- und Jagdzeiten von bestimmten Tierarten verändert. So wurde die Jagdzeit von Waschbären und Füchsen verkürzt, die von Rehböcken verlängert. Dass es nicht unbedingt darum geht, die Tiere zu schützen, zeigt sich daran, dass die Abschusszahlen nicht an die Schonzeiten angepasst wurden. Diese sind weiterhin unverändert, so dass bei Waschbären und Füchsen mehr Tiere innerhalb kürzerer Zeit erlegt werden müssen. „Es geht also gar nicht unbedingt darum, Tiere zu schützen, sondern wohl eher darum, Jägern das Leben schwerer zu machen“, vermutet Mohr. Denn je älter und erfahrener ein Tier, umso schwieriger ist es, es zu erlegen. Auch wildbiologisch machen die neuen Regelungen wenig Sinn. „Niemand kann erklären, warum Füchse oder Waschbären besser geschützt werden sollen, wenn gleichzeitig klar ist, dass sie Niederwild wie Hase, Fasan und Rebhuhn dezimieren, von den Belastungen von Hausbesitzern durch Waschbären als ungewollte Untermieter einmal ganz abgesehen“, erläuterte der Naturschutzexperte und Träger des Hessischen Staatsehrenpreises für Lebensraumgestaltung.

Weitaus bedenklicher ist aber der rechtliche Aspekt hinter dieser Verordnung.

Grundsätzlich dient diese dazu, Details zu regeln, die über die Grundlagen des Jagdgesetzes hinaus gehen. Mit diesen jagdrechtlichen Einschränkungen wird derart massiv in die Eigentumsrechte eingegriffen, dass sich die Frage stellt, ob dies auf dem Weg einer Verordnung überhaupt zulässig ist oder ob dies nicht vielmehr mit Zustimmung des Landtags im Rahmen eines Gesetzes hätte geregelt werden müssen.

Die FDP-Landtagsfraktion hat deshalb eine Normenkontrollklage vor dem Hessischen Staatsgerichtshof eingereicht. Aus Sicht der FDP ist die Rechtsänderung ohne ausreichende fachliche Begründung und am Parlament vorbei auf den Weg gebracht worden. Die weitreichende Änderung der Schon- und Jagdzeiten ist ein Eingriff in das Eigentumsrecht der Grundeigentümer und hätte deshalb unbedingt in einem Gesetz und mit Zustimmung des Landtags geregelt werden müssen. „Dies soll nun gerichtlich geprüft werden“, so Maja Becker-Mohr, Ortsvorsitzende der FDP Büdingen.

Ebenfalls bedenklich sei, so Mohr, dass diese Verordnung von der obersten Jagdbehörde im Auftrag der dafür zuständigen Umweltministerin Hinz erarbeitet wurde. Somit wird die Verordnung sowohl von einer Behörde erstellt, wie auch deren Einhaltung von einer solchen überprüft. Es fehle damit eine Trennung von Legislative und Judikative. „Hinzu kommt, dass die Regelungen nicht von Fachexperten entwickelt wurden. Sie sind damit leider nur bedingt praxistauglich.“, ärgert sich Maja Becker-Mohr, Ortsvorsitzende der FDP Büdingen.

Die Jagd ist ein uraltes Handwerk, das seit Jahrhunderten im Einklang mit der Natur, sowohl zum Wohle der Menschen wie auch der Natur durchgeführt wird. „Jäger handeln aufgrund von Erfahrung und Gefühl. Sowa lässt sich nicht in Verordnungen regeln oder mit Excel-Tabellen auswerten. Die Natur hat keine Nachkommastellen.“, betonte Mohr.

Wie er hervorhob, werten Jäger die aktuelle Entwicklung als ein Zeichen dafür, dass ihnen nicht mehr genügend vertraut wird. Und es sei ein weiterer Schritt in Richtung „Jäger als Ökosystem-Dienstleister“, wie ihn Mohr in seinen Ausführungen bezeichnete. „Der Jäger soll zum abrufbaren Lakai werden, der von oben festgelegte Abschusszahlen zu erfüllen hat und zwar in dem immer enger werdenden Rahmen, den ihm das Ministerium vorgibt“, erklärte der passionierte Naturschützer. Er befürchtet, dass die mit diesen Vorgaben die Ausübung der Jagd ihren Reiz verliert und auch die gewünschte Wirkung.

Andreas Mohr abschließend: „Uns bleibt nur noch die Hoffnung, einen politischen

Vertreter zu finden, der so viel fundiertes Fachwissen auf dem Gebiet hat, dass er uns angemessen vertreten kann.“